

Medienmitteilung

Thema	glp BL warnt vor Subventionsjagd und bestätigt Parolen der glp CH	
Für Rückfragen	Hector Herzig Kantonalpräsident M. 076 321 54 64 hector.herzig@grunliberale.ch	Yves Krebs Parteisekretär M. 079 398 00 08 bl@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Basel-Landschaft www.bl.grunliberale.ch	
Datum	10. Januar 2014	

Mitgliederversammlung fasst die Parolen für den Abstimmungssonntag vom 09. Februar 2014

Parteipräsident Martin Bäumle lieferte sich mit dem SVP BL-Präsidenten Oskar Kämpfer ein hoch interessantes Rededuell um die Initiative gegen Masseneinwanderung. Martin Bürgin vom Amt für Migration rundete als neutraler Sachverständiger die kontradiktorische Diskussion ab. Die kantonale Initiative aus den Kreisen des Hauseigentümergebietes BL blieb ohne eine einzige JA-Stimme chancenlos.

Der Besuch von Martin Bäumle hat die Mitglieder der glp BL mobilisiert. Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung hat am Mittwochabend des 8. Januars 2014 gespannt den Ausführungen des glp-Gründers zugehört, weshalb die Initiative gegen Masseneinwanderung das falsche Instrument ist, um die unbestrittenen Probleme mit der Personenfreizügigkeit zu lösen.

Pro Kopf-Problem lösen, nicht das Kopf-Problem

Martin Bäumle stellt klar: „Wir müssen die Hausaufgaben machen und eine umfassende Wachstumsdiskussion führen.“ Bäumle kritisiert die ablehnende Haltung der SVP, wenn es um konkrete Massnahmen geht gegen den Dichtestress (griffiges Raumplanungsgesetz), den Energiekonsum (ökologische Steuerreform) oder die bessere Einbindung von Frauen ins Berufsleben. Des Weiteren plädiert Bäumle für Anreize statt Limiten: „Wir müssen das Pro-Kopf-Problem lösen, nicht das Kopf-Problem.“ Im Gegensatz zu anderen Vertretern des NEIN-Komitees glaubt Bäumle nicht an eine sofortige Kündigung der Bilateralen Verträge mit der EU. „Aber wir gehen ein unnötiges Risiko ein. Es ist illusorisch zu meinen, die Schweiz hätte bessere Karten. Die Schweiz kann nicht nur Rosinen picken.“ Bäumle zweifelt generell an der Umsetzung der Initiative. Weitere Parteimitglieder sprachen von „toter Buchstabe“ und zu vielen Schlupflöchern. „Aber die Ecopop-Initiative ist viel gefährlicher.“

Personenfreizügigkeit hemmt denn Innovationsdruck

Ein Kompliment gebührt dem Präsidenten der SVP BL, Oskar Kämpfer. Obwohl bereits im Vorhinein klar war, dass er die glp-Mitglieder nicht zu einem JA bewegen können, nahm er sich Zeit für eine sachlich geführte Diskussion ohne unnötige Polemik. Kämpfer sprach vom fehlenden Innovationsdruck der Wirtschaft mit der Personenfreizügigkeit. Kämpfer plädiert, den Fokus auf Schweizer Qualitätsprodukte zu legen und nicht zu versuchen, mit günstigen Arbeitnehmern für den Massenmarkt zu produzieren. Im Gesundheitswesen hätte man es versäumt, genügend einheimisches Personal auszubilden.

Industrie muss Bedarf klar definieren

Ursprünglich sprach der Bundesrat von 8'000 -10'000 Personen pro Jahr, heute beträgt die Nettozuwanderung jährlich 80'000. Kämpfer: „Wir sind nicht gegen die Zuwanderung, aber der Bedarf der Industrie muss klar definiert sein. Diejenigen Leute, die hier sind, müssen zum Wohlstand beitragen. Gemäss neusten Zahlen vom Bundesamt für Statistik beträgt der Familiennachzug bereits 32%. Länder wie die USA oder Australien steuern ihre Einwanderung auch selber.“ Zum verdichteten Bauen meint Kämpfer: „Natürlich ist es auch eine Option, bei 11 Millionen Einwohner mit dem Lift in den 32. Stock zu fahren.“

Kontingentierung führt zu mehr Bürokratie

Martin Bürgin vom Amt für Migration sprach einerseits davon, wie einfach es heute sei, eine Bewilligung zu erhalten, andererseits sei der administrative Aufwand bei einer Kontingentierung sehr hoch. „Viele Amtsstellen sind involviert.“ Kämpfer entgegnete, mit heutigen IT-Lösungen sei der administrative Aufwand wesentlich effizienter zu handhaben wie noch vor dem Jahre 2002.

Klare Sache bei FABI und der Abtreibungsinitiative

Ohne grössere Diskussionen liefen die Abstimmungen der zwei weiteren eidgenössischen Vorlagen. Nach einer FABI-Präsentation von Vorstandsmitglied Michael Mäder fasste die Mitgliederversammlung ebenso deutliche die JA-Parole, wie ein paar Minuten später die NEIN-Parole zur Abtreibungsinitiative.

Anreize statt Subventionsjagd nach Fördergeldern

Für Aussenstehende ist die klare NEIN-Parole zur kantonalen Initiative auf den ersten Blick wenig verständlich. Wieso lehnt die glp BL eine Vorlage ab, welche energetische Sanierungen fördert? Ganz einfach: Die glp setzt seit jeher die Schwerpunkte bei der Energiewende auf die „Kostenwahrheit“ und auf „marktwirtschaftliche Anreize“ anstatt Verbote und staatliche Fördergelder. Ein Kanton mit einem budgetierten Defizit im Jahre 2014 in der Höhe von über 100 Millionen Franken kann sich keine unnötigen Steuerausfälle leisten.

Kodex «Mitte BL» einstimmig verabschiedet

Unter Ausschluss der Gäste haben die Mitglieder der glp BL einstimmig den Kodex verabschiedet, welche die Zusammenarbeit unter den Mitte-Parteien glp, BDP, EVP und CVP neu aufgleisen will. Bevor nicht alle Mitte-Parteien basisdemokratisch diesen Kodex verabschiedet haben, bleibt der Inhalt vertraulich. Auskünfte zum Kodex erteilen ausschliesslich die Parteipräsidentinnen und Präsidenten.

Zusammenfassung der Abstimmungsparolen

Eidgenössisch

NEIN zur Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ bei 3x JA, 21x NEIN und 8 Enthaltungen.

JA zu FABI bei 24x JA, 4x NEIN und 4 Enthaltungen.

NEIN zur Initiative „Abtreibung ist Privatsache“ bei 5x JA, 25x NEIN und 2 Enthaltungen.

Kantonal

NEIN zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus bei 0x JA, 24x NEIN und 8 Enthaltungen.

